

Wale brauchen Schutz - jede Stimme zählt

Die Errungenschaft Walschutz ist gefährdet wie nie zuvor. Im Mai hat die LGU erneut die Diskussion um einen Beitritt Liechtensteins in die Internationale Walfangkommission IWC lanciert. Nun hat die Regierung entschieden, dass von einem Beitritt abgesehen wird.

Der kommerzielle Walfang hat im vergangenen Jahrhundert viele Walarten an den Rand der Ausrottung gebracht. Bereits 1946 wurde deshalb die Internationale Walfangkommission gegründet. Sie setzte sich die Regulierung des Walfangs zum Ziel. Die Bestände reduzierten sich trotzdem drastisch weiter: Durch illegale Jagd und gefälschte Fangdokumente wurden zeitweise jährlich 70'000 Grosswale erlegt. Erst 1986 trat ein globales Fangverbot in Kraft. Doch das Moratorium wird von Japan, Norwegen und Island ignoriert.

Walfang hoch subventioniert

Japan nutzt seit Jahren ein Schlupfloch im Konventionstext, nach dem Wale zu wissenschaftlichen Zwecken getötet und das Fleisch vermarktet werden darf. Jährlich werden so immer noch über 2000 Grosswale grausam abgeschlachtet. Wirtschaftlich interessant ist der Walfang kaum. In den Kühlhäusern der Walfängerstaaten lagern tausende Tonnen Walfleisch, die keine Abnehmer finden. Der Walfleischmarkt in Japan ist stark rückläufig. Ohne staatliche Subventionen könnte die Jagd in keinem Walfängerland durchgeführt werden. Ausserdem gilt besonders das Fleisch von Tieren der nördlichen Hemisphäre als hoch mit Schwermetallen und chlororganischen Verbindungen belastet und für den menschlichen Verzehr nicht geeignet.

Auf Stimmenkauf mit Entwicklungshilfe

Die IWC ist inzwischen eine sehr polarisierte Kommission geworden. Japan verfolgt die aggressive Strategie, sich Mehrheiten in der Kommission durch die Unterstützung von Kleinstaaten und Entwicklungsländern zu erkaufen. So vertreten heute Staaten wie Tuvalu, Kiribati oder die Elfenbeinküste in der Kommission die Interessen der Walfängerstaaten. Obwohl nur die drei Nationen Japan, Norwegen und Island Interesse an der kommerziellen Jagd haben, ist heute die Stimmenverteilung der Walfangbefürworter und -gegner in der Kommission nahezu gleichmässig verteilt. Die Stimme Liechtensteins hätte durchaus Gewicht. Als Binnen-

land ohne Eigeninteressen könnte Liechtenstein zusammen mit anderen unabhängigen Staaten wie Österreich dazu beitragen, dass sich die Kommission von einer Walfang- zu einer effizienten Walschutzorganisation weiterentwickelt.



Sinnlos werden Wale unter dem Deckmantel der Wissenschaft abgeschlachtet

Deutschland hat interveniert

Die Ressorts Äusseres und Umwelt des Landes Liechtenstein haben sich mit der Thematik befasst und gemeinsam Stellung genommen. In ihrer Entscheidung hat die Regierung daraufhin einen Beitritt abgelehnt. Über die Gründe kann derzeit nur spekuliert werden. Der kleine Aufwand und der Beitrag von nur rund CHF 18'000 dürften kaum ausschlaggebend gewesen sein. Ist davon auszugehen, dass die aktuell starke internationale Zusammenarbeit mit den EFTA-Ländern Island und Norwegen nicht getrübt werden soll? Die beiden Walfängerstaaten handeln zusammen mit der Schweiz und Liechtenstein Freihandelsabkommen mit vielen Entwicklungs- und Schwellenländern aus. Erstaunlich ist, dass die Interessen des wichtigsten Handelspartners Deutschland anscheinend weniger stark gewichtet werden. Der LGU ist bekannt, dass die engagierte Walschutznation das Land Liechtenstein auf diplomatischem Weg zu einem Beitritt in die Kommission eingeladen hat.

Information:
www.greenpeace.de